

BESOLDUNG Wegen der hohen Mieten erhöht das Land NRW die Kinder haben. Alleine für dieses Jahr sind in Bonn Nachzahlungen von mehr als 8000 Euro möglich

Geldsegen für Beamte in NRW

VON DIETMAR KANTHAK UND
REINHARD KOWALEWSKY

BONN. Augen auf bei der Berufswahl. Das Loblied auf das Beamtentum wird in Zeiten brummen-der Wirtschaft selten angestimmt, in Krisenzeiten jedoch entdecken die Menschen die Vorzüge von Sicherheit und Zukunftsfestigkeit. Ein Vorgang aus Nordrhein-Westfalen spiegelt diese Einsicht. Die finanziell betrachtet größte Beschäftigung für viele Landes- und Kommunalbeamte findet dieses Jahr schon Ende November statt – sofern sie Kinder haben. Weil das Land rückwirkend zum 1. Januar die bisherigen Familienzuschläge auch noch um einen regionalen Aufschlag ergänzt, erhalten Lehrer, Polizisten und Justizbeamte eine Nachzahlung Ende November in einem Paket für die vergangenen elf Monate. Da kommen in Bonn für einen Beamten bei nur einem Kind immerhin 3166,46 Euro an zusätzlichem Bruttogehalt zusammen; bei zwei Kindern sind es 8552,61 Euro. In Köln und Düsseldorf fließt noch mehr Geld: 4549,16 Euro (ein Kind) respektive 10 170,93 Euro (zwei Kinder). „Da werden sich einige wundern“, sagte ein Insider im Finanzministerium.

Ab Dezember steigen dann entsprechend die monatlichen Familienzuschläge: in Bonn voraussichtlich um rund 290 Euro (ein Kind) beziehungsweise rund 780 Euro (zwei Kinder). Beamte ohne Kinder erhalten dagegen zum 1. Dezember nur die reguläre Erhöhung von 2,8 Prozent auf das Grundgehalt sowie einen minimal erhöhten Familien-

zuschlag, sofern sie verheiratet sind oder in einer ähnlichen Konstellation leben.

Auch in vielen anderen Städten profitieren die Staatsdiener von der Entwicklung. Weil ein Beamter die Höhe seines Familienzuschlages als zu niedrig angesehen und deshalb geklagt hatte, urteilte das Bundesverfassungsgericht, bei der Höhe der Beamtenbesoldung müssten die an vielen Orten massiv gestiegenen Wohnkosten fair berücksichtigt werden. Bei Beamten wird nicht einfach nach Leistung oder Marktlage bezahlt. Stattdessen muss der Staat als Dienstherr immer ausreichend

für ihre Versorgung eintreten gemäß dem „Alimentationsprinzip“.

Bei der Höhe der Zuschläge orientiert sich das Land an der bundesweit gültigen Wohngeldverordnung, in der das Bundesgebiet anhand der Höhe der dort üblichen Mieten in sieben Zonen eingestuft wurde. Zum Glück für das Land (und die Bürger) liegt keine der NRW-Städte so wie München in der teuersten Stufe VII, wo die Mieten bekanntermaßen noch höher liegen als in jeder Stadt von NRW. Bonn liegt in der Wohngeldverordnung in Stufe V, Düsseldorf und Köln sind in Stufe VI eingeordnet (siehe Grafik).

So viel Nachschlag gibt es für Beamte

Mietenstufe	Kommunen	Nachschlag für 1 Kind	Nachschlag für zwei Kinder
Stufe I			2503,05 €
Stufe II	Eitorf, Much	0 €	3889,60 €
Stufe III	Meckenheim, Neunkirchen-Seelscheid, Euskirchen	477,29 €	5318,39 €
Stufe IV	Alfter Bad Honnef Bornheim Hennef Königswinter Niederkassel Sankt Augustin Troisdorf Wachtberg	1880,67 €	6978,62 €
Stufe V	Bonn Siegburg	3166,46 €	8552,61 €
Stufe VI	Köln Düsseldorf	4549,16 €	10 170,93 €

Quelle: Wohngeldverordnung, Finanzverwaltung NRW, eigene Rechnungen.

Den Aufschlägen liegt das Prinzip zugrunde, dass höhere Wohnkosten auch zu höheren Kinderzuschlägen führen müssen, obwohl tatsächlich so mancher Lehrer, Richter oder Amtsleiter ja in eigenen Immobilien wohnt, die manchmal schon abbezahlt sind. Das Bundesverfassungsgericht meint dagegen, die Besoldung von Beamten müsse so hoch sein, dass sie einen vergleichbaren Lebensstandard unabhängig vom jeweiligen Wohnort ermöglicht. Der Dienstherr kann also nicht differenzieren zwischen Beschäftigten, die teuer zur Miete wohnen, und denen, die eventuell einen Vorteil dank eigener Immobilien haben.

Das NRW-Finanzministerium weist außerdem darauf hin, keineswegs alle Beamten seien wohlhabend: „Der Großteil der Landesbeamten sind Polizisten, Justizbeamte (Strafvollzug), Finanzamtsbeschäftigte.“

Ebenfalls von den höheren Zahlungen profitieren wird Christoph Butterwege, in Köln lebender Politikprofessor und Familienvater. Er ist einer der renommiertesten Armutsforscher Deutschlands und meint, der Staat solle auch andere Gruppen als die Beamten stärker unterstützen: „Wenn der Staat schon Beamten mit Kindern gemäß dem Alimentationsprinzip an Orten mit hohen Wohnkosten entsprechende Zuschüsse gewährt, sollte er dieses Prinzip auch auf andere Familien anwenden: Dann gäbe es beim Kindergeld oder bei einer eventuellen Kindergrundsicherung mehr Geld, wenn die Familie an einem Ort mit hohen Wohnkosten lebt.“